

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
<i>A. Kontinuität und Wandel: Das Grundgesetz und der Schutz ausländischer juristischer Personen im Kontext der Internationalisierung</i>	1
<i>B. Erforderlichkeit eines Neuansatzes</i>	4
I. Überblick über die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	4
II. Offene Fragen	6
<i>C. Bedeutung der Grundrechtsberechtigung für die Rechtsstellung ausländischer juristischer Personen</i>	9
<i>D. Gang der Untersuchung</i>	11
1. Kapitel: Die Grundrechtsberechtigung juristischer Personen nach Maßgabe des Grundgesetzes unabhängig vom Inländervorbehalt	13
<i>A. Juristische Personen als Zuordnungssubjekte von Grundrechten</i>	13
<i>B. Begriff der juristischen Person</i>	15
I. Privatrechtssubjekte	17
1. Vollrechtsfähige Rechtssubjekte	17
2. Teilrechtsfähige Rechtssubjekte	17
3. Nicht rechtsfähige Rechtsgebilde und schlichte Personenmehrheiten ..	20
4. Organisationsformen ausländischen Rechts	21
5. Zeitlicher Schutzmfang: Gründungsphase bis Liquidation	22
II. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	22
<i>C. Wesensgemäße Anwendbarkeit der Grundrechte auf juristische Personen</i>	22

I.	Wesen der Grundrechte (Grundrechtsinhaltsseite)	23
1.	Wesen des jeweils anzuwendenden Einzelgrundrechts	23
2.	Wesen der Grundrechte in ihrer Gesamtheit	24
	a) Durchgriffsthese	25
	b) Grundrechtstypische Gefährdungslage	26
	c) Stellungnahme	29
II.	Wesen der juristischen Person (Grundrechtsträgerseite)	34
1.	Juristische Personen des Privatrechts in privater Trägerschaft	34
2.	Juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie privatrechtliche Rechtssubjekte, an denen der Staat beteiligt ist oder die öffentliche Aufgaben wahrnehmen	34
	a) Konzeption des Bundesverfassungsgerichts	35
	aa) Grundsatz der fehlenden Grundrechtsberechtigung	35
	(1) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	35
	(a) Fehlendes personales Substrat	35
	(b) Konfusionsargument	36
	(c) Kompetenzkonfliktargument	36
	(d) Erstarrungsargument	36
	(e) Keine grundrechtstypische Gefährdungslage	37
	(2) Privatrechtssubjekte in ausschließlich staatlicher Trägerschaft	37
	(3) Privatrechtssubjekte in teilweiser staatlicher Trägerschaft	38
	(4) Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Private	39
	(a) Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf Beliehene und Verwaltungshelfer	39
	(b) Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Private in sonstigen Fällen	40
	bb) Ausnahmsweise Zuerkennung der Grundrechtsfähigkeit	41
	(1) Geltung der Justizgrundrechte	41
	(2) Geltung der Grundrechte für die juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die unmittelbar einem grundrechtlich geschützten Lebensbereich zuzuordnen sind (Ausnahmetrias)	42
	(a) Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten	43
	(b) Staatliche Hochschulen	43
	(c) Kirchen und Religionsgemeinschaften	43
	(3) Weitere Ausnahmen	44
	b) Kritische Würdigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	44
	aa) Ablehnung der Durchgriffsthese	45
	bb) Fehlende Differenziertheit des Konfusionsarguments	45
	cc) Keine Beschränkung staatlicher Auseinandersetzungen auf Kompetenzkonflikte	50
	dd) Keine Gleichsetzung von Grundrechtsberechtigung und Erstarrung	51
	ee) Dogmatisch inkonsistente Zuerkennung von Ausnahmen	52

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
(1) Justizgrundrechte	53
(2) Ausnahmetrias	54
ff) Divergenz zum Grundrechtsschutz im europäischen Mehrebenensystem	54
c) Bestimmung der Grundrechtsberechtigung nach dem Maßstab einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	55
<i>D. Zwischenergebnisse des 1. Kapitels</i>	59
 2. Kapitel: Der Inländervorbehalt des Art. 19 Abs. 3 GG	61
<i>A. Grammatikalische Auslegung</i>	61
<i>B. Systematische Auslegung</i>	62
<i>C. Historische Auslegung</i>	65
I. Historische Auslegung im engeren Sinne	66
1. Textbefunde der Weimarer Reichsverfassung	66
2. Rechtsprechung	67
3. Staatsrechtslehre	68
4. Bayerische Verfassung von 1919 (Bamberger Verfassung)	70
5. Schlussfolgerungen	71
II. Genetische Auslegung	71
1. Genese der Vorschrift	71
2. Schlussfolgerungen	73
<i>D. Teleologische Auslegung</i>	76
I. Normzweckbetrachtungen der Literatur	77
1. Wahrung eines fremdenrechtlichen Handlungsspielraums	77
2. „Verfassungsrechtliche Standortpflege“	78
3. Geringere Betroffenheit von der deutschen Hoheitsgewalt	78
4. Größere Machtstellung juristischer Personen	79
5. Ausreichender Schutz nach Maßgabe des einfachen Rechts	80
6. Möglichkeit der Gründung inländischer Tochtergesellschaften	80
II. Kritische Würdigung der Literaturansichten	80
1. Fehlende grundrechtstheoretische Rechtfertigung der Begrenzung der Grundrechtssubjektivität auf inländische juristische Personen	81
a) Unangemessenheit der Wahrung eines fremdenrechtlichen Handlungsspielraums	82
b) Systemfremdheit protektionistischer Erwägungen	87
2. Unvereinbarkeit des grundsätzlichen Ausschlusses der Grundrechtsfähigkeit ausländischer juristischer Personen mit der dogmatischen Herleitung des Grundrechtsschutzes juristischer Personen	88

a) Gleichstellung in- und ausländischer juristischer Personen bei Zugrundelegung eines individualistischen Begründungsansatzes	88
b) Gleichstellung in- und ausländischer juristischer Personen bei einem Abstellen auf das Vorliegen einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	89
aa) Kein Wegfall eines hinreichenden Subjektionsverhältnisses aufgrund einer vermeintlich geringeren Betroffenheit von der deutschen Hoheitsgewalt	89
bb) Kein Wegfall der Schutzbedürftigkeit aufgrund einer vermeintlich größeren Machtstellung juristischer Personen	91
cc) Kein Wegfall der Schutzbedürftigkeit wegen der Möglichkeit der Gründung inländischer Tochtergesellschaften	93
dd) Kein hinreichender Schutz durch das einfaches Recht	94
III. Schlussfolgerungen	95
E. Zwischenergebnisse des 2. Kapitels	96
 3. Kapitel: Die Abgrenzung in- und ausländischer juristischer Personen	99
<i>A. Kriterium der Staatszugehörigkeit</i>	99
<i>B. Bestimmung der Inlandszugehörigkeit juristischer Personen im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG</i>	102
I. Sitztheorie	102
1. Anknüpfung an die Sitztheorie im internationalen Gesellschaftsrecht	104
a) Neuere Entwicklungen im internationalen Gesellschaftsrecht	106
aa) Rechtsprechung des EuGH zum Schutz der Sitzverlegung von Gesellschaften durch die Niederlassungsfreiheit	107
(1) Zuzug von Gesellschaften	107
(2) Wegzug von Gesellschaften	109
bb) Auswirkungen der Rechtsprechung auf das deutsche internationale Gesellschaftsrecht	111
(1) Auswirkungen im Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	111
(a) Zuzug nach Deutschland	111
(b) Wegzug aus Deutschland	112
(2) Auswirkungen außerhalb des Anwendungsbereichs der Niederlassungsfreiheit	114
(a) Besonderheiten durch das EWR-Abkommens	115
(b) Besonderheiten durch sonstige völkerrechtliche Vereinbarungen	115
(c) Behandlung sonstiger Gesellschaften	116

b) Konsequenzen der neueren Entwicklungen im internationalen Gesellschaftsrecht	117
2. Gewährleistung einer gesteigerten Subjektion unter die deutsche Staatsgewalt	119
II. Alternative Anknüpfungskriterien	121
1. Anerkennungstheorie	121
2. Kontrolltheorie/Einflusstheorie	122
a) Generelle Anwendung der Theorie	122
b) Anwendung der Theorie zwecks Modifizierung der Sitztheorie	123
c) Bewertung	123
3. Dispositionstheorie/Ausgestaltungstheorie	126
4. Gründungstheorie (Inkorporationstheorie)	127
5. Subjektionsanknüpfung	129
6. Inlandstätigkeit	130
7. Kombinationstheorien	131
a) Verschärfte Sitztheorie	131
b) Kumulation der Sitz-, Gründungs- und Kontrolltheorie	132
8. Zwischenergebnis	132
III. Erfordernis einer Erweiterung der Sitztheorie	133
1. Abstellen auf den Satzungssitz einer juristischen Person	133
a) Bedeutung des Satzungssitzes im einfachen Recht	133
aa) Konvergenz zwischen einem inländischen Satzungssitz und der Verwendung einer Organisationsform deutschen Rechts	134
bb) Individualisierungsfunktion und Gründungsvoraussetzung	136
cc) Behördliche und gerichtliche Verfahrensvorschriften	137
dd) Materiell-rechtliches Anknüpfungskriterium	139
b) Eignung als Kriterium zur Bestimmung der Inländereigenschaft juristischer Personen im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG	140
aa) Hinreichend bestimmtes Abgrenzungskriterium	140
bb) Gewährleistung eines hinreichenden Subjektionsverhältnisses ..	140
(1) Rechtliche Verfasstheit und Zuordnung zur deutschen Rechtsordnung	140
(2) Subjektion unter die behördliche und gerichtliche Gewalt ..	141
(3) Anknüpfungskriterium für Freiheitsbeschränkungen	142
(4) Ergebnis	142
cc) Vermeidung prozessualer Schutzlücken	143
dd) Unionsrechtliche Anschlussfähigkeit	144
ee) Kein erhebliches Missbrauchsrisiko	145
ff) Keine bloße Anknüpfung an das einfache Recht	146
c) Ergebnis der alternativen Anknüpfung an den Satzungssitz	147
2. Abstellen auf eine organisatorisch hinreichend verfestigte Stellung im Inland	147
a) Anknüpfungspunkte in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	148

aa) Bedeutung inländischer Tätigkeitsstandorte für den Grundrechtsschutz	148
bb) Bewertung der Entscheidungen	149
b) Konkretisierung der Anforderungen an inländische Tätigkeitsstandorte	151
aa) Organisatorisch hinreichend verfestigte Stellung im Inland	152
(1) Festigkeit der Einrichtung: Konzentration von Sach- und Personalmitteln im Inland	152
(2) Auf Dauer angelegte Einrichtung	153
(3) Tatsächliche Ausübung einer Betätigung im Inland	153
(4) Erheblichkeit des Inlandsbezugs der Betätigung	154
bb) Fallgruppen	154
(1) Ort des tatsächlichen Tätigkeits schwerpunkts (Hauptniederlassung)	154
(2) Sonstige organisatorisch hinreichend verfestigte Standorte im Inland (Zweigniederlassungen oder Agenturen)	155
c) Hinreichende Bestimmbarkeit der Abgrenzung	155
d) Ergebnis der alternativen Anknüpfung an eine organisatorisch hinreichend verfestigte Stellung im Inland	157
IV. Ergebnis zur Bestimmung der Inlandszugehörigkeit juristischer Personen im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG	157
<i>C. Zulässigkeit einer Berufung juristischer Personen auf die Deutschengrundrechte</i>	158
I. Anwendbarkeit der Deutschengrundrechte auf juristische Personen im Wege der teleologischen Reduktion	158
II. Bestimmung der Deutscheneigenschaft juristischer Personen	160
1. Bisherige Praxis	160
2. Differenzierung zwischen der Inlandseigenschaft und der Deutscheneigenschaft juristischer Personen	161
3. Maßgeblichkeit eines inländischen Verwaltungs- und Satzungssitzes ..	162
<i>D. Zwischenergebnisse des 3. Kapitels</i>	163
4. Kapitel: Die Anwendbarkeit einzelner Grundrechte auf ausländische juristische Personen	165
<i>A. Keine Anwendbarkeit der ihrem Wesen nach nicht auf juristische Personen anwendbaren Grundrechte</i>	<i>165</i>
I. Unanwendbare Grundrechte	165
II. Prinzipiell anwendbare Grundrechte	167
III. Grenzfälle	169
1. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	169

2. Spezielle Gleichheitsrechte des Art. 3 Abs. 3 GG	171
3. Grundrechtsgleiche Rechte der Art. 20 Abs. 4 sowie Art. 33 GG	172
<i>B. Keine Anwendbarkeit der Deutschengrundrechte</i>	173
<i>C. Verfahrensrechte</i>	173
I. Sonderstellung der Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG, Art. 103 Abs. 1 GG	174
1. Anwendbarkeit auf ausländische juristische Personen	174
2. Dogmatische Herleitung	174
a) Objektive Verfahrensgrundsätze	174
b) Teleologische Reduktion	175
c) Unanwendbarkeit des Art. 19 Abs. 3 GG aus systematischen Gründen	177
d) Rechtsstaatliches Verfahrensgebot	178
II. Sonstige Verfahrensrechte	179
1. Strafprozessuale Gewährleistungen	179
a) Gesetzlichkeitsprinzip bei Bestrafungen und Verbot der Mehrfachbestrafung (Art. 103 Abs. 1 und 2 GG)	179
b) <i>Nemo tenetur</i> -Grundsatz	181
2. Petitionsrecht (Art. 17 Abs. 1 GG)	182
3. Rechtsweggarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	183
4. Allgemeiner Justizgewährungsanspruch	186
5. Willkürverbot	187
<i>D. Sonstige Grundrechte</i>	188
I. Anwendbarkeit der Jedermanngrundrechte	189
II. Herleitung einer subjektiven Rechtsstellung aus objektiv-rechtlichen Grundrechtsgehalten	191
III. Grundrechtsberechtigung bei inländergleicher Gewaltunterwerfung und wirtschaftlicher Betätigung im Inland	192
IV. Grundrechtsberechtigung des Kollektivs ohne Rückgriff auf Art. 19 Abs. 3 GG	194
1. Lehre von den Doppelgrundrechten	194
a) Erfasste Grundrechte	194
b) Anwendung auf ausländische juristische Personen	196
c) Bewertung der Lehre von den Doppelgrundrechten	197
aa) Ambivalente Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ..	197
bb) Kritik der Literatur	198
cc) Differenzierte Beurteilung der in Betracht kommenden Grundrechte	199
(1) Gewährleistungen des Art. 5 Abs. 1 S. 2 und Abs. 3 S. 1	199
Var. 2 GG	199
(2) Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	200
(3) Religion- und Weltanschauungsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)	201

(a) Verhältnis zu den Weimarer Kirchenartikeln (Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 ff. WRV)	201
(b) Berechtigte der korporativen Religionsrechte der Weimarer Kirchenartikel (insbesondere Art. 137 Abs. 3 WRV)	204
(c) Konsequenzen für die Grundrechtsberechtigung juristischer Personen	205
2. Sonstige korporativ wahrnehmbare Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte außerhalb des Anwendungsbereichs des Art. 19 Abs. 3 GG	206
a) Recht auf Religionsunterricht (Art. 7 Abs. 3 S. 1 und 2 GG)	206
b) Spezielle Gleichheitssätze des Art. 3 Abs. 3 GG (Glaube und religiöse Anschauungen) sowie des Art. 33 Abs. 3 GG	208
V. Anwendbarkeit des allgemeinen Gleichheitssatzes (Art. 3 Abs. 1 GG)	209
VI. Anwendbarkeit der Kommunikationsgrundrechte (Art. 5 Abs. 1 GG)	211
VII. Anwendbarkeit des Auffanggrundrechts der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	214
<i>E. Zwischenergebnisse des 4. Kapitels</i>	218
5. Kapitel: Die Grundrechtsberechtigung fremdstaatlich beherrschter juristischer Personen	219
<i>A. Eingrenzung der Problemstellung</i>	219
<i>B. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts</i>	220
I. Anwendbarkeit der Verfahrensrechte	221
II. Anwendbarkeit sonstiger Grundrechte (Entscheidung zur 13. Atomgesetz-Novelle)	221
1. Keine abschließende Klärung nach Maßgabe des Grundgesetzes	222
2. Grundrechtsberechtigung aufgrund der besonderen Umstände des Falles nach Maßgabe einer europa- und völkerrechtskonformen Auslegung	223
3. Entsprechende Geltung der Grundsätze bei nicht vollständiger, sondern bloß überwiegender staatlicher Beherrschung	224
4. Offene Fragen	225
<i>C. Kritische Würdigung</i>	225
I. Unterschiedliche Rezeption der Rechtsprechung in der Literatur	225
II. (Fehlende) Übertragbarkeit der Argumente gegen eine Grundrechtsberechtigung inländischer juristischer Personen des öffentlichen Rechts beziehungsweise von der Bundesrepublik beherrschter privatrechtlicher Rechtsträger	226

1. Keine Geltung des Konfusionsarguments	227
2. Keine Geltung des Kompetenzkonfliktarguments	228
3. Keine Geltung des Erstarrungsarguments	229
4. Erfordernis der wesensgemäßen Anwendbarkeit der Grundrechte	229
a) Zugrundelegung der Durchgriffsthese	229
b) Zugrundelegung einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	230
aa) Keine grundrechtstypische Gefährdungslage im Bereich des hoheitlichen Handelns (<i>acta iure imperii</i>)	230
(1) Souveräne Gleichheit der Staaten und Grundsatz der Staatenimmunität	230
(2) Konsequenzen für das Vorliegen einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	233
bb) Grundrechtstypische Gefährdungslage im Bereich des privatwirtschaftlichen Handels (<i>acta iure gestionis</i>)	234
III. Konsequenzen für die Grundrechtsberechtigung fremdstaatlich beherrschter juristischer Personen	236
1. Konsequenzen im Falle der Zugrundelegung der Durchgriffsthese	236
2. Konsequenzen im Falle des Abstellens auf das Vorliegen einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	237
3. Einordnung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	238
<i>D. Zwischenergebnisse des 5. Kapitels</i>	239
6. Kapitel: Der Schutz juristischer Personen durch das Primärrecht der Europäischen Union und die Grundrechtsberechtigung nach dem Grundgesetz	241
<i>A. Schutz juristischer Personen durch die Grundfreiheiten</i>	241
I. Vorbemerkungen	241
II. Juristische Personen des Privatrechts in privater Trägerschaft	242
1. Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	242
a) Begriff der Gesellschaft	243
aa) Organisatorisch hinreichend verfestigte Organisationseinheiten	243
bb) Verfolgung eines Erwerbszwecks	243
b) Zugehörigkeit der juristischen Person zur Europäischen Union	244
aa) Gründung nach dem Recht eines Mitgliedstaates	244
bb) Satzungsmäßiger Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Europäischen Union	245
c) Erfordernis einer Ansässigkeit im Unionsgebiet	246
2. Sonstige Grundfreiheiten	249
a) Produktverkehrs freiheiten	249
b) Arbeitnehmerfreizügigkeit	250

III. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und juristische Personen des Privatrechts in überwiegend staatlicher Trägerschaft	251
IV. Juristische Personen aus Drittstaaten	255
1. Personenverkehrsfreiheiten	255
2. Produktverkehrsfreiheiten	258
<i>B. Schutz juristischer Personen durch das allgemeine Diskriminierungsverbot</i>	259
I. Vorbemerkungen	259
II. Unionszugehörige juristische Personen privater und staatlicher Provenienz	262
III. Juristische Personen aus Drittstaaten	262
<i>C. Schutz juristischer Personen durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union</i>	264
I. Vorbemerkungen	264
II. Juristische Personen des Privatrechts in privater Trägerschaft	272
1. Juristische Personen und sonstige Personenmehrheiten	273
2. Unionszugehörigkeit	273
3. Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung des Grundrechtskatalogs	274
a) Keine Anwendbarkeit der nur für „Menschen“ geltenden Grundrechte	274
b) Sonstige nicht auf juristische Personen anwendbare Grundrechte	275
c) Auf juristische Personen anwendbare Grundrechte	277
d) Grenzfälle	278
III. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und juristische Personen des Privatrechts in überwiegend staatlicher Trägerschaft	280
1. Rechtsprechung der Unionsgerichte	281
2. Meinungsstand in der Literatur	282
a) Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	282
b) Abstellen auf das Vorliegen einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	284
c) Stellungnahme	285
IV. Juristische Personen aus Drittstaaten	287
<i>D. Einwirkung des primären Unionsrechts auf die Grundrechtsberechtigung ausländischer juristischer Personen nach dem Grundgesetz</i>	288
I. Grundfreiheiten und allgemeines Diskriminierungsverbot	288
1. Inländerklausel des Art. 19 Abs. 3 GG als ungerechtfertigte Diskriminierung	289
2. Zum Erfordernis eines hinreichenden Inlandsbezugs	290
3. Methodische Berücksichtigung des unionsrechtlichen Befunds	291
a) Ambivalente Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	291

b) Abweichende Literaturansichten	291
c) Stellungnahme	292
4. Konsequenzen für die Grundrechtsberechtigung ausländischer juristischer Personen	293
a) Unionszugehörige juristische Personen des Privatrechts in privater Trägerschaft	293
b) Juristische Personen aus Drittstaaten	294
c) Juristische Personen des öffentlichen Rechts und juristische Personen des Privatrechts in überwiegend staatlicher Trägerschaft ..	295
aa) Zugrundelegung der Durchgriffsthese	295
(1) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Einwirkung der Grundfreiheiten auf den Grundrechtsschutz inländischer fremdstaatlich beherrschter juristischer Personen	295
(2) Kritische Würdigung	296
(a) Grundsätzlich keine Diskriminierung fremdstaatlich beherrschter juristischer Personen	296
(b) Keine Beschränkung der Grundfreiheiten	296
(3) Ausnahmsweise bestehende Diskriminierung ausländischer juristischer Personen fremdstaatlicher Provenienz	299
bb) Abstellen auf das Vorliegen einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	299
cc) Ergebnis	300
5. Anwendung der Deutschengrundrechte auf ausländische juristische Personen	301
II. Charta der Grundrechte der Europäischen Union	302
E. Zwischenergebnisse des 6. Kapitels	304
7. Kapitel: Der Schutz juristischer Personen durch das Völkerrecht und die Grundrechtsberechtigung nach dem Grundgesetz	309
A. <i>Schutz juristischer Personen durch die Europäische Menschenrechtskonvention</i>	310
I. Vorbemerkungen	310
II. Juristische Personen des Privatrechts in privater Trägerschaft	312
1. Erfasster Personenkreis nach Art. 1 EMRK	312
2. Juristische Personen als Berechtigte der Eigentumsgarantie des Art. 1 Abs. 1 S. 1 Protokoll Nr. 1 zur EMRK	313
3. Individualbeschwerdeberechtigung gem. Art. 34 S. 1 EMRK	313
4. Berechtigung unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Vertragsstaat	314
5. Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Konventionsrechte	314
a) Nicht auf juristische Personen anwendbare Konventionsrechte	315

b) Auf juristische Personen anwendbare Konventionsrechte	317
c) Grenzfälle	318
III. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und juristische Personen des Privatrechts in überwiegend staatlicher Trägerschaft	319
1. Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ..	320
2. Meinungsstand in der Literatur	322
a) Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ..	322
b) Abstellen auf das Vorliegen einer grundrechtstypischen Gefährdungslage	323
c) Stellungnahme	323
IV. Juristische Personen aus Drittstaaten	324
<i>B. Schutz juristischer Personen durch sonstige völkerrechtliche Verträge</i>	325
I. Bedeutsame Rechtsgewährleistungen völkerrechtlicher Verträge	326
1. Grundsatz der Nichtdiskriminierung	326
a) Grundsatz der Meistbegünstigung	327
b) Grundsatz der Inländergleichbehandlung	328
2. Grundsätze der gerechten und billigen Behandlung sowie des vollen Schutzes und der Sicherheit	328
3. Schutz vor Enteignungen	330
4. Schutz des freien Kapitalverkehrs	330
5. Schirmklauseln	331
II. Juristische Personen als Begünstigte	331
<i>C. Schutz juristischer Personen durch das Völker gewohnheitsrecht und die allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts</i>	332
I. Inhalt des fremdenrechtlichen Mindeststandards	333
II. Juristische Personen als Begünstigte	334
<i>D. Einwirkung des Völkerrechts auf die Grundrechtsberechtigung ausländischer juristischer Personen nach dem Grundgesetz</i>	335
I. Völkervertragliche Diskriminierungsverbote	335
1. Grundrechtsschutz ausländischer juristischer Personen im Lichte völkervertraglicher Gewährleistungen der Inländergleichbehandlung und Meistbegünstigung	336
2. Auswirkungen auf die Rechtslage nach Maßgabe des Grundgesetzes ..	338
a) Völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik Deutschland	338
aa) Normhierarchische Vorrangstellung der Verfassung	338
bb) Normzweckorientierte Erweiterung des Grundrechtschutzes ..	340
cc) Stellungnahme	341
b) Völkerrechtliche Verträge der Europäischen Union	342
II. Europäische Menschenrechtskonvention	344

III. Völker gewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	348
<i>E. Zwischenergebnisse des 7. Kapitels</i>	349
Fazit und rechtspolitischer Ausblick	353
Literaturverzeichnis	361
Sachverzeichnis	387